

Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M., u. Kreutzg. 4. Viertelj. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alter-Terrasse 10. Sprr.: Nordsee 8246. Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598
15. Jahrgang Hamburg, 15. August 1931 Nummer 33

Die Anwartschaftszeiten in der Arbeitslosenversicherung

Die Arbeitslosenversicherung nach ihren zahlreichen „Reformen“ und Änderungen wird immer mehr zu einer Geheimwissenschaft. Neben den Gesetzestexten tragen dazu bei die Ausführungsbestimmungen der Reichsanstalt, die Verfügungen der Landesarbeitsämter und die Verfügungen der einzelnen Arbeitsämter. Diese ungeheure Anzahl von „Richtlinien“ machen es dem Arbeitslosen nahezu unmöglich, sich durch Nachlesen des Gesetzestextes informieren zu wollen. Erschwert wird diese Information durch die in der Sozialpolitik typische grundlegende Auslegung der Gesetzesbestimmungen durch den Senat für Arbeitslosenversicherung beim Reichsversicherungsamt, der die vorhandenen Begriffe genau umreißt und damit den Arbeitsämtern, Spruchauschüssen und Spruchkammern die Auslegung der Gesetzesbestimmungen vorschreibt.

Gerade die Fragen der Anwartschaft sind in Kollegenkreisen noch zu wenig bekannt und soll in nachfolgenden Ausführungen versucht werden, die vorhandenen Bestimmungen zu erklären.

Bei eintretender Arbeitslosigkeit müssen als Voraussetzungen folgende drei Forderungen vom Arbeitslosen erfüllt sein:

1. Das Vorliegen unfreiwilliger Arbeitslosigkeit.
2. Arbeitsfähigkeit.
3. Vorhandene Arbeitswilligkeit.

Die Erfüllung dieser drei Voraussetzungen nützt dem Arbeitslosen aber nur dann etwas, wenn er nachweisen kann, daß er eine bestimmte — im Gesetz genau vorgeschriebene Zeit — versicherungspflichtige Tätigkeit ausgeübt hat, die zum Bezug der Arbeitslosenunterstützung berechtigt. Der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung kann daher nur dann geltend gemacht werden, wenn die Anwartschaftszeit erfüllt ist. Das Gesetz in seiner heutigen Form sieht die Anwartschaftszeit als erfüllt an, wenn

1. beim erstmaligen Antrag auf Arbeitslosenunterstützung der Arbeitslose in den letzten zwei Jahren, gerechnet vom Tage der Arbeitslosmeldung an zurück, mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat.
2. beim zweiten und jedem weiteren Antrag auf Arbeitslosenunterstützung in den letzten 12 Monaten, gerechnet vom Tage der Arbeitslosmeldung an zurück, mindestens 26 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung nachzuweisen imstande ist.

Nicht ausschlaggebend ist die Zahlung der Beiträge. Es muß daher nur nachgewiesen werden, daß eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt worden ist; hat aber der Arbeitgeber die Beiträge wohl abgezogen, aber nicht abgeführt, so muß trotzdem bei erfüllter Anwartschaftszeit Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden. Die anwartschaftserwerbende versicherungspflichtige Beschäftigung braucht nicht unbedingt zusammenzuhängen, sondern können die 52 Wochen beziehungsweise 26 Wochen Beschäftigung innerhalb der vorgeesehenen Grenze von zwei Jahren beziehungsweise einem Jahre vom Tage der Arbeitslosmeldung an zurückgerechnet liegen. Beispiel: Ein Kollege meldet sich zum ersten Male arbeitslos ab 1. Juli 1931. Bis zum 1. Juli 1929 müssen deshalb 52 Wochen nachgewiesen werden. Gearbeitet hat der Arbeitslose folgendermaßen:

| | |
|-----------------------------------|-----------|
| 1. Juli 1929 bis 31. Oktober 1929 | 18 Wochen |
| 1. März 1930 bis 1. November 1930 | 31 „ |
| 1. April 1931 bis 30. Juni 1931 | 13 „ |
| Zusammen | 65 Wochen |

Der Arbeitslose hat also in den letzten zwei Jahren 65 Wochen versicherungspflichtig gearbeitet und hat daher Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung. Die Unterstützung wird ihm allerdings nach den zuletzt ergangenen Notverordnungen nicht in der Höhe seines tatsächlichen Verdienstes gezahlt, sondern, falls er kein Saisonarbeiter ist, für die die Sätze der Krisenunterstützung in Frage kommen, erhält er eine um zwei Lohnklassen gesenkte Arbeitslosenunterstützung.

Ist der Arbeitslose durch irgendwelche Umstände in der Ausübung einer versicherungspflichtigen Beschäftigung verhindert (Krankheit, Schulbesuch zur Berufsbildung, Anstalt) oder ist er eine Zeitlang selbständig gewesen oder

anstalt) oder ist er eine Zeitlang selbständig gewesen oder hat er eine Beschäftigung ausgeübt, die versicherungsfrei ist (länger dauernde landwirtschaftliche Arbeit, geringfügige Beschäftigung), dann sieht das Gesetz vor, daß diese Zeiten nicht in die Frist von zwei Jahren beziehungsweise einem Jahr eingerechnet werden und daß sich der Zeitraum von zwei Jahren beziehungsweise einem Jahr um soviel nach rückwärts verlängert, als die Verhinderung gedauert hat. Länger aber als drei Jahre zurück, vom Tage der Arbeitslosmeldung zurückgerechnet, darf nicht gegangen werden. Die Bestimmung darüber lautet wörtlich:

In die Rahmenfristen des Absatzes 1 wird diejenige Zeit nicht eingerechnet, während der der Arbeitslose

1. durch eine versicherungsfreie Arbeitnehmerleistung durch selbständige Arbeit den erforderlichen Lebensunterhalt erworben hat, oder
2. eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt hat, die nicht zur Erfüllung einer neuen Anwartschaftszeit ausreicht, oder
3. sich in einem geregelten Ausbildungsgange zur Berufsausbildung oder -fortbildung befunden hat, oder
4. nach § 113 Absatz 1 keine Arbeitslosenunterstützung erhalten durfte, weil er noch Leistungen aus dem Arbeitsverhältnis bezog, oder
5. durch Krankheit, Schwangerschaft oder Wochenbett zeitweise arbeitsunfähig und nachweislich verhindert gewesen ist, seine versicherungspflichtige Beschäftigung fortzusetzen, oder
6. auf behördliche Anordnung in einer Anstalt verwahrt wurde, oder
7. Arbeitslosenunterstützung erhielt, ohne seinen Anspruch auf die Unterstützung zu erschöpfen.

Beispiel: 1. Ein Arbeitsloser meldet sich am 1. Juli 1931 beim Arbeitsamt. Er hat vom 1. April 1928 bis 1. November 1928, dann vom 1. März 1929 bis 15. Oktober 1929 gearbeitet und hat am 15. Oktober 1929 einen schweren Betriebsunfall erlitten, der ihn bis zum 1. Oktober 1930 arbeitsunfähig macht. Am 1. Oktober 1930 nimmt er die Arbeit auf bis zum 1. Dezember 1930 und dann wieder vom 1. März 1931 bis 30. Juni 1931. Da der Kollege 50 Wochen krank war, ergeben sich in dem Zeitraum von zwei Jahren nur insgesamt 40 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung. Die Zeit der Krankheit (50 Wochen) wird deshalb zurückgerechnet, also bis zum 15. Juli 1928. Während dieser Zeit hat der Arbeitslose 55 Wochen Beschäftigung nachgewiesen und muß ihm daher die Unterstützung gewährt werden. 2. Ein Arbeitsloser hat wegen begangener Unregelmäßigkeiten ein Jahr Gefängnis bekommen. Nach der Entlassung meldet er sich arbeitslos. Die Berechnung erfolgt wie im vorhergehenden Beispiel. 3. Ein Arbeitsloser hat genau 26 Wochen Beschäftigung und stellt Antrag auf Arbeitslosenunterstützung. Bei der Nachprüfung auf die Anwartschaftszeit stellt sich heraus, daß der Arbeitslose zwei Tage krank gewesen ist, ohne sich krank zu melden. Diese zwei Tage fehlen ihm an den 26 Wochen. Wenn durch die Zurückrechnung von zwei Tagen 156 Tage versicherungspflichtige Beschäftigung nicht nachgewiesen werden können, besteht kein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Die Bestimmung lautet, daß Arbeitstage, an denen ein Arbeitnehmer wegen zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit nicht gearbeitet hat, obwohl die versicherungspflichtige Beschäftigung fortbestanden hat, nicht zum Erwerb der Anwartschaft dienen kann. Diese Vorschrift gilt aber nicht für Lehrlinge.

Eine neue wichtige und viel zuwenig beachtete Bestimmung ist in den letzten Notverordnungen mit aufgetaucht, wonach die erhaltene Krisenunterstützung auf den Bezug der Arbeitslosenunterstützung angerechnet werden kann. Beispiel: Ein Arbeitsloser, der schon mehrere Male Arbeitslosenunterstützung bezogen hat, arbeitete folgendermaßen: vom 1. Juni 1930 bis 30. September 1930 gleich 17 Wochen. Da diese 17 Wochen keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung gaben, nach der alten Notverordnung aber Anspruch auf Krisenunterstützung vorhanden war, hat der Arbeitslose 20 Wochen Krisenunterstützung bezogen. Er wird im Juni 1931 nach 14 Wochen

Arbeit erwerbslos. Mit den 17 Wochen Beschäftigung aus dem Jahre 1930 ergibt sich eine neue Anwartschaft, weil aber diese 17 Wochen schon zur Erlangung der Krisenunterstützung gebraucht wurden, jetzt aber nochmals gerechnet werden für die neue Anwartschaft auf die Arbeitslosenunterstützung, werden die Wochen der Krisenunterstützung auf die Wochen in der Arbeitslosenversicherung angerechnet. Anstatt 26 Wochen Arbeitslosenunterstützung erhält deshalb der Arbeitslose jetzt nur noch sechs Wochen Arbeitslosenunterstützung, da ihm die 20 Wochen Krisenunterstützung angerechnet werden, und kommt er nach diesen sechs Wochen sofort wieder als Ausgesteuerter in die Krisenunterstützung.

Neben der Dauer der Beschäftigung, die also Voraussetzung ist zum Erwerb der Anwartschaft, wird die Beschäftigungsdauer nach den letzten Notverordnungen mit ausschlaggebend für die Höhe der Unterstützung. Wenn also ein Arbeitsloser die Forderung nach der Anwartschaftszeit vollkommen erfüllt hat und er aber seinen Wohnsitz nicht in seinem Beschäftigungsort hat, sondern ein sogenannter Wanderarbeiter ist, der nur über Sonntag daheim ist, dann senkt sich die Unterstützung entsprechend den Lohnverhältnissen in seinem Wohnort. Außerdem tritt eine Senkung der Unterstützung ein, für Arbeitslose in der Lohnklasse 7 bis 11, wenn sie trotz erfüllter Anwartschaftszeit nicht in den letzten zwei Jahren mindestens 52 Wochen hintereinander — also ohne jede Unterbrechung — gearbeitet haben, um eine Lohnklasse beziehungsweise zwei Lohnklassen.

Wir haben als Arbeitnehmer alle Veranlassung, diesen Bestimmungen, die dem Versicherungsprinzip der Arbeitslosenversicherung widersprechen, den Kampf anzusagen und durch Geschlossenheit, Einigkeit und Stärkung der Gewerkschaften allen reaktionären Ansätzen die Stirn zu bieten.

Franz Soreni.

Aktive Weltwirtschaftspolitik?

Die Politik ist die Kunst des Möglichen. Dieser bis zu einem gewissen Grade berechnete Satz beherrscht leider in viel zu starkem Maße die Maßnahmen der Arbeiterbewegung, deren Führer sich immer mehr fast ausschließlich mit Fragen der Tagespolitik zu befassen haben. Dies gilt sowohl für das Problem der allgemeinen Politik wie für die Wirtschaftspolitik, die uns an dieser Stelle nur beschäftigen sollen. Eine solche ausgeprochen auf den Augenblickserfolg eingestellte Politik wäre tragbar, wenn sie an einem einheitlichen Programm orientiert wäre. Dies trifft aber für die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Arbeiterbewegung nicht zu; denn das typische vulgärmarxistische Programm kann heute nicht mehr befriedigen. Man kann die vier bis fünf Millionen Arbeitslosen nicht mehr mit der Antwort abfertigen, daß eine Krise wie die gegenwärtige nun einmal im Zeitalter des Kapitalismus unvermeidlich sei, daß man nicht viel tun könne, warten müsse, bis die Zeit des krisenlosen Sozialismus komme. Vielmehr ist es heute eine unbedingte Notwendigkeit, aktive Wirtschaftspolitik zu betreiben. Die dabei auftretenden Schwierigkeiten dürfen uns in unseren Bemühungen nicht behindern; denn wie man den Kranken sich nicht selbst überlassen darf, weil noch keine volle Klarheit über den Charakter der Krankheit besteht, so darf man auch mit einer Wirtschaftspolitik nicht warten, bis alle Fragen restlos geklärt sind. Diese Forderung wird in einem ausführlichen Artikel von Wladimir Woytinsky im Juni-Heft der „Arbeit“ aufgestellt. Diesem Artikel möchten wir die denkbar größte Bedeutung beimessen. Es ist ein Artikel, der eine fruchtbare Diskussion einleiten, den Weg zu einem Wirtschaftsprogramm bahnen sollte.

Durch unsere Einleitung haben wir schon von der These, die Woytinsky am Schluß seines Artikels formuliert, die erste nach einer aktiven Wirtschaftspolitik hundertprozentig angenommen. Dasselbe gilt für die Punkte 2 und 3, die das Postulat einer Weltwirtschaftspolitik enthalten. Heute noch glauben Kreise der Arbeiterbewegung, daß durch eine nationale Wirtschaftspolitik wesentliches erreicht werden könnte. Die heutige Krise dürfte aber doch wohl jedem deutlich zeigen, wie sehr Deutschland von der wirtschaftlichen Entwicklung anderer Länder abhängig ist, was es für die deutsche Wirtschaft besagt, ob irgendwo Zölle

Forderungen der freien Gewerkschaften

erhöht oder ermäßigt, Kredite gekündigt oder verlängert werden; ob die Länder des Kapitalüberflusses langfristige Anleihen zur Verfügung stellen oder lieber Gold importieren usw. Auch weiß wohl jeder, daß sozialpolitischen Bestrebungen gewisse wirtschaftliche Grenzen gesetzt sind, daß eine Sozialpolitik auch heute nur im internationalen Rahmen möglich ist.

Mit These 4 kommt Woytinsky auf die Frage zu sprechen, welche Aufgaben eine Weltwirtschaftspolitik zu erfüllen hat. Man kann ihm zustimmen, wenn er die Forderung einer Preisstabilität aufstellt, wenn er darauf hinweist, daß fallende Preise Wirtschaftsstockung, steigende Preise Aufschwung bedeuten. Woytinsky will zu einer Politik der Preisstabilität mit Hilfe währungs- politischer Maßnahmen kommen. Er weist darauf hin, daß die Preise entweder kürzeren oder längeren Bewegungen unterworfen seien, daß den kürzeren Schwankungen keine größere Bedeutung zukomme, daß vielmehr alle Bemühungen darauf gerichtet sein müßten, die Ursachen der langweiligen Preisbewegungen zu erkennen und auf Grund der so gewonnenen Erkenntnisse eine relative Stabilität der Preise zu erzwingen. In der Frage nach den Ursachen der langweiligen Preisbewegungen schließt er sich der Ansicht an, daß die langen Wellen der Preisentwicklung weitgehend von der Geldseite aus bestimmt werden. Da nun Gold die Grundlage des Geld-, Kredit- und Währungssystems bildet, bedeutet diese Auffassung, daß ein Preisfall vor allem darauf zurückzuführen ist, daß zu wenig Gold vorhanden ist und somit zu wenig Geld in Zirkulation gebracht werden kann. Wenn aber mehr Gold vorhanden ist und auf Grund dieses Goldvorrates mehr Geld in Zirkulation gebracht wird, als im Interesse des Wirtschaftsapparates notwendig wäre, dann müssen die Preise steigen. Ein richtiges Programm ist also, ob die langen Wellen der Preisentwicklung in der kommenden Zeit von der Goldseite aus in steigender oder fallender Tendenz beeinflusst werden.

Mit dieser überaus wichtigen Frage hatte sich der Goldausschuß des Völkerbundes zu befassen, der die Fragen fast ausschließlich theoretisch behandelte und seine Ergebnisse überaus vorsichtig formuliert hat. Das ihm gestellte Problem ist allerdings nur schwer lösbar. Wie soll man berechnen, wieviel Gold benötigt wird, um den Wirtschaftsapparat weiter funktionieren zu lassen? Welchen Ausbau des Wirtschaftsapparates soll man in Rechnung stellen? Welchen Ausbau des Kredit- systems? So ist es durchaus möglich, daß durch Ausbau des Scheck- und Verrechnungssystems trotz gleichbleibender Golddeckungsvorschriften für das Funktionieren des Währungs- systems künftig weniger Gold notwendig sein wird als heute. Wir können im Rahmen dieses Artikels alle diese Probleme hier nicht erörtern, möchten diese Fragen nur gestellt haben, um eben die Komplexität des Problems aufzuzeigen und es zugleich verständlich zu machen, daß der Goldausschuß in seinen Formulierungen sehr vorsichtig ist. Aber trotzdem erklärt er deutlich, daß in nicht allzu ferner Zeit infolge der geringen Goldproduktion die Preise von der Goldseite aus in fallender Tendenz beeinflusst werden müssen.

Woytinsky ist ein viel zu guter Kenner der sehr umfangreichen Berichte des Goldausschusses des Völkerbundes, als daß er aus ihnen falsche Schlüsse gezogen hätte. Aber er hat sich bei der Lektüre doch wohl zu einigen falschen Schlüssen in seiner Untersuchung der Weltwirtschaftskrise verleiten lassen. Er als Mathematiker und Statistiker hat vor allem bei seiner Untersuchung der Krise dies mathematisch und statistisch ja so interessante Problem des Verhältnisses zwischen Gold und Preisen gesehen und einseitig in den Vordergrund gerückt. Auch er läßt die Frage offen, inwieweit der jetzige Preisfall von der Goldseite beeinflusst worden ist. Aber er verlangt eine internationale Zusammenarbeit der Notenbanken der führenden Länder, um durch eine Politik der Gold- und Geldschöpfung die Preise zu stabilisieren, ja, leicht ansteigen zu lassen und somit einen Anschwung der Konjunktur hervorzurufen. Das gegebene Mittel zu einer solchen Politik ist für ihn die Forderung der Gold- deckungsvorschriften, wodurch die Ausgabe von mehr Geld, die Gewährung von mehr Krediten ermöglicht wird. Es ist eine bewußt gemeinwirtschaftliche und internationale Maßnahme, die Woytinsky vorschlägt, eine Maßnahme, die an sich verdient, ein wesentlicher Programmpunkt eines Wirtschaftsprogrammes der Arbeiterbewegung zu werden.

Doch zuvor zu einer solchen Maßnahme gegriffen wird, ist natürlich genau zu prüfen, ob wir mit einer solchen wirklich Herr der Krise werden können. Auch wir sind wie Woytinsky der Ansicht, daß der Preisfall sobald wie möglich zum Stoppen gebracht werden muß; doch für wichtiger als das Preisproblem halten wir das der Rentabilität der Wirtschaft. Die Produktion muß so gesteuert werden, daß überall das Maximum an Werten geschaffen wird, damit wir alle Waren so billig wie möglich erhalten. Dies ist nur möglich, wenn die Waren bewußt nur dort hergestellt werden, wo sie am billigsten produziert werden können. Dies System der Produktionsverteilung, der internationalen Arbeitsteilung und des damit gegebenen Güterausstausches ist aber völlig geknackt worden durch die Kriegsverhältnisse. Auch heute kann noch keineswegs von irgendwie geordneten Verhältnissen gesprochen werden. Ein weltwirtschaftliches Gleichgewicht auf dem Gebiete der Produktionstechnik besteht noch nicht. Im Gegenteil war die Wirtschaftspolitik eines jeden Landes darauf eingestellt, die Wiederherstellung dieses Gleichgewichts zu verhindern, um unrentable Betriebe zu halten. Eine künstliche Hochhaltung der Preise war die Folge. Es kommt heute weniger darauf an, neues Kapital zu schaffen, sondern das Kapital dort arbeiten zu lassen, wo es wirklich rentiert.

Der Goldausschuß des Völkerbundes hat dies Problem klar gesehen, als er darauf hinwies, daß kein Währungs- system funktionieren kann, wenn ständig durch Eingriffe der Staaten der Waren- und Kapitalaustausch behindert wird. Bei einseitiger Verwirklichung des Vorschlages Woytinskys wäre die Gefahr gegeben, erneut die Rückkehr zu einer Fortsetzung der jetzigen Politik des Protektionismus zu schaffen. In Erkenntnis dessen

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat unter Beteiligung des ADL-Bundes in seiner letzten Sitzung folgende Entschliessung zur Lage gefaßt:

Die ernste Lage der deutschen Wirtschaft erfordert entschlossenes und schnelles Handeln. Die Gewerkschaften als Vertreter der von der Not am härtesten betroffenen Volksmassen erheben daher folgende Forderungen:

1. Damit die Wiederaufnahme der Zahlungen bei privaten und öffentlichen Banken und Sparkassen gleichmäßig und schnellstens gesichert wird, ist die Versorgung mit ausreichenden Umlaufmitteln durch weitere Wechsel- diskontierung der Reichsbank notwendig.
2. Um die notwendige Räumung der Warenlager herbeizuführen und die Währung zu sichern, sowie den erforderlichen Druck auf die Abgabe von Devisen- und Notenvorräten auszuüben, darf vor der vorübergehenden Erhöhung des Diskontsatzes der Reichsbank nicht zurück- geschreckt werden.
3. Die Regelung der Rückzahlungen kurzfristiger Aus- landsverschuldungen darf nur durch Vermittlung der Reichsbank erfolgen. Hierbei ist das Stillhalteberein- kommen durch ein teilweises Auslandsmoratorium zu ergänzen.
4. Der inländische Geld- und Kapitalmarkt bedarf der öffentlichen Kontrolle und Lenkung. Das Reich muß maßgeblich an der Verwaltung der Banken beteiligt werden. Zu diesem Zwecke ist ein Bankenamt zu errichten. Zu seinen Aufgaben gehört besonders: die Kreditpolitik der Banken zu kontrollieren, Richtlinien für die Anlage- politik der Kreditinstitute aufzustellen und die Durchfüh- rung der Richtlinien zu überwachen.

5. Die ins Ausland und in ausländische Werte ge- flüchteten Kapitalien sind der deutschen Wirtschaft wieder zuzuführen. Die bisher erlassenen „Notverordnungen gegen die Kapitalflucht“ beziehen sich nur auf die Flucht in Devisen. Sie sind deshalb zu erweitern:

1. Alle ausländischen Effekten in deutschem Eigentum sind der Reichsbank zum Kauf anzubieten.
 2. Die Anmeldepflicht für Devisen ist auf sämtliche Auslandsforderungen ohne Rücksicht auf ihre Höhe und den Fälligkeitstermin auszudehnen.
 3. Die Bewilligung von Ausnahmen bei der Devisen- ablieferung auf Grund der ergangenen Notverordnungen darf nur von der Reichsbank unmittelbar erteilt werden.
- Ueber die zur Ueberwindung der augenblicklichen Stockung zu treffenden Maßnahmen hinaus sind zur Rück- fahr des Vertrauens im In- und Auslande die Reform des Aktienrechts und die Ausdehnung der Kartell- und Monopolkontrolle entsprechend den Forderungen der Ge- werkschaften notwendig.
- Ebenso dringlich sind Sicherheitsmaßnahmen für die öffentlichen Finanzen und für die Stützung des realen Einkommens der Arbeiterschaft. Der Lohnabbau hat sich als ein Irrweg erwiesen. Um die Lager zu räumen, dürfen Verlustverkäufe nicht gescheut werden. Kartell- hemmungen müssen beseitigt werden. Ueberhöhte Sätze in Landwirtschaft und Industrie sind abzubauen. Die deutsche Außenpolitik muß in erster Linie auf eine Verständigung mit Frankreich gerichtet sein.

In klaren Sätzen kommt hier zum Ausdruck, was die Gewerkschaften von der Regierung erwarten. Ist auch in den letzten Tagen zum Teil einigen Forderungen ent- sprochen worden, so müssen wir von der Reichsregierung schnelle Berücksichtigung auch der übrigen Forderungen erwarten. Jetzt heißt es handeln.

verlangt Woytinsky Maßnahmen neben der von ihm vor- geschlagenen währungspolitischen, damit bei einer Ver- wirklichung seines Planes die so wichtige Forberung nach Zollabbau eher durchgeführt werden kann. Am den Verkehr von Personen, Gütern und Kapitalien zu- mindest wieder wie in der Vorkriegszeit möglich zu machen, müssen die in der Weltwirtschaft errichteten Mauern niedergedrückt werden. Bei der so erreichten Gleichgewichtslage würden sich die Preise sicherlich um die Vorkriegeshöhe herum stabilisieren. Wenn die Gleich- gewichtslage von der Warenseite aus nicht mehr gestört wird, dann wird durch Maßnahmen einer Goldpolitik dafür Sorge zu tragen sein, daß die Preise auf dieser Höhe gehalten werden können. Ein großes Problem wurde von Woytinsky zur Diskussion gestellt. Die Ar- beitererschaft muß es durchdenken und als konkrete For- berung aufstellen.

Dr. W. G.

Die Bauwirtschaft in Not

Der Vorstand des Verbandes Sozialer Baubetriebe hat sich im Auftrage von 130 sozialen Baubetrieben mit folgenden Darlegungen an die Reichsregierung und die Länderregierungen gemandt:

In den letzten Wochen haben sich die Verhältnisse im Baugewerbe weiter verschärft. Infolge des herrschenden Kapitalmangels und der hohen Kreditzinsen kommt all- mählich auch noch der Rest der Bautätigkeit, den die Not- verordnung vom 1. Dezember 1930 übriggelassen hat, zum Erliegen. Die weitere Einschränkung der Bautätigkeit bedeutet aber nicht nur neue Arbeitslosigkeit für die Bau- arbeiter und neues Elend für ihre Familien, sie bedeutet auch nicht nur weitere Zusammenbrüche im Baugewerbe und in den Baustoffindustrien, sondern gleichzeitig auch die weitere Verminderung der Massenkaufkraft mit ihrer lähmenden Wirkung auf die übrige Wirtschaft. Sie bringt für die öffentlichen Organe weitere Steuerausfälle auf der einen und weitere Unterstützungslasten auf der andern Seite. Durch die Zunahme des Arbeitslosenheeres bringt sie ferner eine innen- und außenpolitisch gefährliche weitere Radikalisierung der Volksmassen. Maßnahmen, die ver- artige Wirkungen haben, sind zur Sanierung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Finanzen nicht geeignet. Die Sanierung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Finanzen erfordert vielmehr die planmäßige Stärkung der Steuer- und Kaufkraft des deutschen Volkes durch die Wiedereinrichtung der Arbeitslosenmassen in den Pro- duktionsprozeß, die Schaffung neuer Werte und die Bildung des in Deutschland so dringend nötigen Kapitals, das — soweit es nicht vom Ausland zu bekommen ist — nur durch die rastlose Arbeit des ganzen deutschen Volkes aus den Ueberschüssen des Volkseinkommens gebildet werden kann.

Von diesen Gesichtspunkten aus bitten wir die Reichs- regierung um Maßnahmen zur Wiedererlangung der Bautätigkeit durch Bereitstellung des Aufkommens aus der Hauszinssteuer für den Woh- nungs- und Wohnungsbauelemente des Reichs, Ländern und Gemeinden einschließlich des normalen Be- darfs für die öffentliche Bautätigkeit — soweit dazu das aus der Belebung der Wirtschaft sich ergebende größere Steueraufkommen in Verbindung mit der Verminderung der öffentlichen Steuerlasten nicht ausreicht — durch andere geeignete Steuern. Dringend geboten er- scheint uns ferner die allgemeine gesetz- liche Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziele, auch dadurch einen Teil der Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß einzureihen und die öffentlichen Lasten für Unterstützungszwecke zu senken.

**Werk die gelebten „Maler“ nicht fort!
Geld für den Unorganisierten!**

Lange Arbeitslosigkeit schwächt die Kampfkraft der Arbeiterklasse

Wir müssen uns mit der Tatsache vertraut machen, daß die Arbeitererschaft durch die lange und hohe Arbeits- losigkeit in zwei Teile gespalten wird. Es wird unmöglich sein, die heute Beschäftigungslosen in absehbarer Zeit wieder in den Produktionsprozeß einzureihen. Die ständige Ausweitung der kapitalistischen Produktion ermöglichte trotz immer stärkerer An- wendung der Maschine die Beschäftigung der stets an Zahl wachsenden Bevölkerung. Seitdem die englischen Textilarbeiter ausgingen, um ihre Konkurrenz, die Maschinen, zu vernichten, hat sich die Vermehrung der- selben vervielfacht. Die europäische Bevölkerung hat sich in der Zeit beinahe verdreifacht. Trotz der Inflation- stelleung der Maschine oder gerade deshalb kommt die von Jahr zu Jahr ansteigende Bevölkerung unter- gebracht werden. Diese Entwicklung scheint sich ihrem Ende zu nähern. Der Ausbau des maschinellen Apparates erfolgte in den letzten 20 Jahren derart, daß viele Millionen Arbeitskräfte in jedem Lande überflüssig werden. Eine wesentlich verringerte Ar- beitererschaft vermag infolge der Spezialisierung des Arbeitsvorgangs mindestens den gleichen Ertrag zu erzielen als früher, wo mehr Hände zur Erledigung der gleichen Menge benötigt wurden. Diese Entwicklung ist noch nicht an ihrem Ende angelangt. Trotz der Krise werden noch jeden Tag neue Maschinen und Apparate aufgestellt, die die Ueberschüssigmachung lebendiger Ar- beitskraft herbeiführen.

So müssen wir uns mit einer dauernd hohen Ziffer von Arbeitslosen vertraut machen. Die gesunde Existenzgrundlage der Gewerkschaften wird dadurch unterhöht. Die Arbeitslosigkeit war in früheren Zeiten eine vorübergehende Erscheinung. Jeder Arbeits- lose konnte hoffen, nach kürzester Frist wieder Beschäfti- gung zu erhalten. Deshalb wurde auch eine vorüber- gehende Arbeitslosigkeit nicht sehr tragisch genommen. Von der Arbeitslosigkeit blieb in erster Linie die Stamm- belegschaft jedes Betriebes verschont. Das wechselnde und hin- und herflutende Element erfasste nur einen geringen Teil der Hand- und Kopfarbeiter. Mindestens neun Zehntel der gewerblichen Arbeitererschaft konnten vor dem Kriege darauf rechnen, von der Arbeitslosigkeit nie- mals oder doch ganz selten betroffen zu werden. Dieser feste Kern bildete die Stammbeslegschaft und das Re- krutierungsgebiet der Arbeiterbewegung. Das ist heute wesentlich anders geworden. Die derzeitige Wirtschaftsk- risis hat Arbeiter und Angestellte zum Feiern gezwungen, die vordem noch niemals oder ganz wenig arbeitslos ge- wesen waren. Diese Tatsache muß festgehalten werden. Wenn nun Millionen plötzlich entwurzelt werden und die Aussicht sehr gering ist, wieder einen festen Boden unter die Füße zu bekommen, so stabilisiert sich hier ein Meer von erbitterten und innerlich verär- gerten Menschen.

Welche Gefahren erwachsen nun den Gewerkschaften aus dieser Entwicklung? Bei der kürzeren Dauer der früheren Arbeitslosigkeit gehörte der arbeitslose Kollege nach wie vor zur Schicksalsgemeinschaft der organisierten Arbeiter. Er blieb mit seiner Organisation verbunden und nahm an den Fragen derselben mit lebhaftem Inter- esse teil. Das kann man bei den langfristigen Arbeits- losen von heute nicht mehr sagen. Es scheint uns, daß die Beschäftigten und die Beschäftigungs- losen miteinander in einen immer größeren Gegen- satz geraten. Solange die arbeitslosen Gewerkschafts- mitglieder Unterstützung bekommen, fühlen sie sich mit ihrer Organisation noch verbunden. Das ändert sich, wenn sie ausgeteert und dazu verurteilt sind, eine Arbeitslosig- keit von vielen Monaten oder gar von Jahren auf sich zu nehmen. Sobald das materielle Interesse an der Zu- gehörigkeit zur Gewerkschaft erloschen ist, bleiben nur

innerlich gefestigte Mitglieder auch mit dem Herzen bei ihrer Organisation. Langfristige Arbeitslose haben an vielen Fragen der Gewerkschaften nur noch ein geringes Interesse. Berufsfragen, Erörterungen über Lohn, Arbeitszeit usw. sind für den Beschäftigungslosen, der vorläufig keine Aussicht hat, wieder Arbeit zu bekommen, fast belanglos. Es bildet sich allmählich eine ganz besondere Arbeitslosen-Mentalität heraus, die teilweise gegen die im Betrieb stehenden Arbeiter gerichtet ist. Neid, Mißgunst und andere schlechte Eigenschaften stellen sich ein. Das Interesse des Arbeitslosen konzentriert sich auf das Unterstützungswesen, das Arbeits- und Wohlfahrtsamt usw. Er beginnt, sich von seiner früheren Gewerkschaftsarbeit zu entfremden. Die Themas in den Gewerkschaftsversammlungen, die in der Verbandzeitung zur Behandlung kommenden Probleme interessieren ihn zum größten Teil nur noch wenig. Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, je größer wird der Gegensatz zwischen den Beschäftigten und Beschäftigungslosen. Dieser Gegensatz gilt es ins Auge zu fassen.

Die Gewerkschaften tun bereits manches, um den arbeitslosen Kollegen an die Organisation zu fesseln. Zu gewissen Zeiten, namentlich zu Weihnachten, werden Extra-Unterstützungen ausgezahlt. Die ausgesteuerten Mitglieder werden zu einer gewissen Kontrolle auf dem Verbandskonto verpflichtet, die Verbandzeitung wird auch den arbeitslosen Mitgliedern zugestellt, Kurse werden veranstaltet und was dergleichen Dinge mehr sind. Es fragt sich doch aber, ob solche Mittel auf die Dauer ausreichen, um die ausgesteuerten Mitglieder an die Organisation zu fesseln. Ein sehr starkes Band bildet die Invalidenunterstützung. Sie dürfte mit dazu beitragen, daß die arbeitslosen Mitglieder, sofern sie es irgendwie zu tun vermögen, der Organisation die Treue bewahren. Eine so hohe Arbeitslosigkeit wie gegenwärtig, noch auf Jahre hinaus, wird den Gegensatz zwischen den Beschäftigten und den Beschäftigungslosen vertiefen. Für den Bestand einer auf innere Verbundenheit angewiesenen Bewegung ist ein solcher Gegensatz sehr gefährlich. Deshalb sollten wir uns mit diesem Problem eingehend beschäftigen. Wir müssen Mittel und Wege finden, um diesen wirklichen oder vermeintlichen Gegensatz zu überwinden. Die Gewerkschaften sollten sich um ihre ausgesteuerten Mitglieder noch mehr als bisher bemühen. Dies wird allerdings weniger möglich sein durch materielle Unterstützung. Aber es dürften sich Mittel und Wege finden lassen, um das Band zwischen den in Arbeit stehenden und den arbeitslosen Gewerkschaftsmitgliedern nicht zerreißen zu lassen. Wir möchten hiermit unsere Funktionäre auffordern, hierüber einmal nachzudenken und den Ortsverwaltungen beziehungsweise der Organisationsleitung brauchbare Vorschläge zu machen.

Wir haben hier ein Problem angeschnitten, das unseres Erachtens zu den wichtigsten der Gewerkschaftsbewegung gehört. Die Arbeiterschaft ist gespalten. Die Einigkeit und Geschlossenheit ist gelockert. Die Kampfkraft der Gewerkschaften wurde dadurch geschwächt. Deshalb haben sie den lebhaften Wunsch, daß die Wirtschaftslage sich bald bessern möge. Sie müssen auch alle Bestrebungen, die nach dieser Richtung gehen, unterstützen. Aber bevor der Arbeitsmarkt sich in nennenswertem Umfang zu entspannen beginnt, gilt es die Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung aufrechtzuerhalten und vorhandene Gegensätze zu überbrücken. Für die Unternehmer ist der gesplattene Meeresschiff der Arbeiterschaft ein gefundenes Fressen. Desto mehr muß die Arbeiterschaft den Versuch machen, die alte Einigkeit wieder herzustellen. Zwischen den Beschäftigten und den Beschäftigungslosen soll und darf es keine Gegensätze geben. Beide sind und bleiben Schicksalsgenossen, die auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden sind. Nur mit Hilfe des einen kann der andere vorwärtskommen. Einigkeit und Geschlossenheit waren nie notwendiger als gegenwärtig.

Baugewerbliches

Bauwirtschaft im Film.

Der Film ist seit einigen Jahren von vielen Werten der Bauindustrie zur Darstellung ihrer Erzeugnisse, ihrer Stoffe und Maschinen, wie auch ihrer Arbeitsausführungen benutzt worden. Damit diese wertvollen Filme dem größtmöglichen Interessentenkreis gezeigt werden können, wird während der vom 30. August bis 3. September 1931 stattfindenden Leipziger Baumeffe in der großen Baumeffehalle 20 ein besonderer Filmvorführraum eingerichtet werden. Im Laufe der fünf Messetage werden dort also Filme über Stahlbau, Betonbau, die Herstellung von Baustoffen und andere Gebiete gezeigt.

Erweiterung der Leipziger Baumeffe-Siedlung.

In der Nähe der Leipziger Baumeffe ist vor einem Jahr eine Siedlung gebaut worden, die gewissermaßen eine praktische Baustoff- und Baukonstruktionschau darstellt. Vier Bauverfahren waren hier angewendet worden: Stahl-, Beton-, Holzstlecht- und Ziegelbau; Ausfachung, Bedachung, Wand- und Fußbodengestaltung und der Innenausbau mit Türen, Fenstern, Heizanlagen usw. waren ebenfalls in den verschiedensten Formen und Arten durchgeführt, so daß die Siedlung zum Studienobjekt für die Bauwirtschaft wurde.

Um diese Siedlung, die bisher aus vier Wohnblöcken besteht, weiter zu vervollständigen, haben der Sächsische Staat und die Stadt Leipzig jetzt die nötigen Gelder bereitgestellt, so daß im August mit dem Bau der nächsten fünf Blöcke begonnen werden kann. Während der Herbstbaumeffe in Leipzig (30. August bis 3. September) können diese Bauten in der Entstehung bereits besichtigt werden. Als Baustoffe für diesen Abschnitt sind zunächst Gasbeton, Spezial-Ziegelsteine, Schlackensteine, Großformatplatten und ungeladene Steine in Aussicht genommen. Bauherrschaft und Oberleitung hat wie bisher die Landesbaubehörde und Wohnungsfürsorgegesellschaft „Sächsisches Heim“, die künstlerische Durchführung liegt in den Händen der Leipziger Architekten R. Schiemichen, R. Koppe, G. Wünschmann und Walter Beyer.

Landespolizei führt Malerarbeiten aus

In der Kaserne an der Fürther Straße zu Nürnberg werden zur Zeit größere bauliche Renovierungsarbeiten durchgeführt, wobei auch Malerarbeiten in größerem Umfang von Landespolizeisoldaten ausgeführt werden. Auf Vorstellung beim Kommandanten der Landespolizei wurde unsern Verbandsvertretern erklärt, daß das Kommando für diese Angelegenheit nicht zuständig sei, sondern das Bauamt der Landespolizei, das wegen Mangels an Mitteln nicht imstande sei, diesen Zustand abzustellen. Weiter erhielten wir die Mitteilung, daß auch in der Kaserne Bärenschanzstraße Landespolizeisoldaten unter Leitung eines Vorarbeiters der Firma Gemeinhard, Fürther Straße, die auch das Material stellt, Malerarbeiten ausführen. Dieser skandalöse Fall veranlaßte uns, im Interesse der arbeitslosen Maler, diese Zustände der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Hundert Malergehilfen stehen auf den Straßen Nürnbergs und hoffen seit Monaten auf Arbeit und Verdienst, derweilen wird ihnen von Landespolizeisoldaten mit gesicherten Einkommen, unter Mitwirkung des Obermeisters der Malerinnung Nürnberg, Herrn Hugo Gemeinhard, die Arbeit weggenommen!

Gewerkschaftliches

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit

Ist zum Stillstand gekommen. Mitte Juli war die Zahl der Arbeitslosen mit 3 956 000 genau so hoch wie Ende Juni. Wir befinden uns mithin auf dem Schnittpunkt, von dem aus die Arbeitslosigkeit wieder zu steigen beginnt. Die Finanzschwierigkeiten haben sich bis zum 15. Juli auf dem Arbeitsmarkt noch nicht bemerkbar gemacht. Erst die nächsten Zahlen werden zeigen, welche Wunden dem Wirtschaftsleben dadurch geschlagen wurden. Da von nun ab das Meer der Arbeitslosen wieder zunimmt, haben wir uns darauf einzurichten.

Mißerfolge der Zellenbildungen innerhalb der Gewerkschaften.

Die freien Gewerkschaften stehen ein gewaltiger Block innerhalb des Stromes der Depression. Von ihrem Standpunkt durchaus verständlich, haben deshalb die Feinde der freien Arbeiterbewegung, vor allem die Kommunisten und Nationalsozialisten, diesen Fels im Meer zu sprengen versucht. Gewaltige Mittel und große Anstrengungen wurden dafür eingesetzt. Die Erfolge blieben im allgemeinen gering bezeichnet werden. In ziemlich klarer Weise wird dies in einem Artikel des „Magazin der Wirtschaft“, Nr. 30, bestätigt. Wir lesen dort:

„Die Versuche der Kommunisten und Nationalsozialisten, in die Gewerkschaften einzudringen, mußten schon vor dem Scheitern, daß beide zur Vertretung der verschiedensten Interessen der Arbeiterschaft weder die Mittel noch Fähigkeiten mitbrachten. Die Nationalsozialisten, die unter den unorganisierten Arbeitern mindestens zeitweise eine zahlenmäßig starke Anhängerenschaft erworben hatten, haben für die freien Gewerkschaften niemals eine ernste Gefahr dargestellt. Methoden und Inhalt ihrer Agitation sind der Vorstellungswelt des Industriearbeiters wenig angepaßt; das Mißtrauen in der Aufrichtigkeit ihrer sozial- und wirtschaftspolitischen Behauptungen, das durch den nur teilweise proletarischen Charakter der Bewegung gegeben war, ist bei der Arbeiterschaft nie beseitigt worden. Die kommunistische Gewerkschaftsarbeit ist immer wieder zu ihrer revolutionären Theorie in Widerspruch geraten und hat deshalb in der täglichen — notwendig reformistischen — Gewerkschaftsarbeit keine Leistungen hervorbringen können. Beide Wege der kommunistischen Gewerkschaftspraxis — Gründung eigener Verbände und Zerlegung der großen Organisationen durch Bildung von Oppositionsgruppen — haben zu keinem nennenswerten Erfolg geführt.“

Wie es hier geschildert wurde, so ist es in der Tat. Die Nationalsozialisten kommen als eine Gefahr für die Gewerkschaften nicht in Frage. Die kommunistische Gewerkschaftsarbeit vermag wohl gewerkschaftliche Agitationen zu führen, aber sie auf die Dauer nicht zu verhindern. Bedauerlich ist nur, daß die Gewerkschaftsfunktionäre einen Zweifrontenkrieg führen und ihre Kräfte zur Abwehr derartiger Unterminierungsarbeiten vergeuben müssen.

Der Verbandstag der Fabrikarbeiter.

Auf dem in München tagenden 17. Ordentlichen Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter waren 227 Vertreter und 20 Gäste aus dem Ausland anwesend. Den Bundesvorstand des IGBV. vertrat Graßmann. Der Geschäftsbericht wurde vom Vorsitzenden August Brey gegeben. Er wies auf die Räte der Zeit hin und auf die Verzweiflungsaktionen, die stattgefunden haben. Diese bringen der Arbeiterschaft keine Hilfe. Daß die Arbeit des Verbandsvorstandes anerkannt wurde, ergebe sich aus dem geringen Mitgliederverlust. Brey behandelte ferner die Notverordnung und bewies, daß die Haltung der Gewerkschaften und der SPD. richtig gewesen ist. Für den Rerarmischen Bund sprach Grünzel. Er schilderte die Lage in der grobkeramischen und der Glas- und Porzellanindustrie. Trotzdem waren sozialpolitische Erfolge in der Berichtszeit zu verzeichnen. Den Rassenberichter über die Jahre 1928 und 1929 eine Vermehrung des Verbandsvermögens um 8 Millionen brachten, war das Jahr 1930 ungünstig. Am Jahresabschluss betrug das Verbandsvermögen 14,3 Millionen Mark. Seit der Stabilisierung sind über 39 Millionen Mark an Unterstützungen ausgezahlt worden. Im Bericht der Redakteure Prüll und Renninger wurden die erfolgten Änderungen in der Aufmachung der Zeitungen hervorgehoben. Wesentliche Beschwerden gegen die Redaktionsführung sind nicht bekanntgeworden. Weitere Verbesserungen der Verbandsorgane wurden in Aussicht

gestellt. Die Debatte zeigte, daß gegen den Vorstand keine sonderlichen Beschwerden vorzubringen waren. Eine Vertrauenskundgebung wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Ebenfalls eine Entschließung des Vorstandes zur wirtschaftlichen Lage. Der Genosse Wissell hielt einen Vortrag über „Die deutsche Wirtschaft im Rahmen der Weltwirtschaft“. Der Vortragende verstand es in glänzender Weise die Umschichtungen im Produktionsprozess und die Fehler des Kapitalismus herauszustellen. Ueber Tarif- und Lohnbewegungen sprach Großmann, Hannover. Das Thema „Arbeitsrecht und Reichsarbeitsgericht im Lichte der Rechtsprechung“ behandelte Schmidt, Hannover. Das Referat über den Gewerkschaftslongress hielt Thiemig. Ueber „Jugendbewegung“ sprach Albin Karl. Er konnte auf bedeutende Fortschritte auf diesem Gebiet hinweisen. Die Agitation unter den Arbeiterinnen behandelte Frau Jammert. Bei der Statutenberatung wurde anerkannt, daß Änderungen im Unterstützungswesen notwendig sind. Die von der Kommission vorgelegten Satzungen wurden mit geringen Änderungen angenommen. Zur Vorstandswahl erklärte Brey seine Absicht, sich nach 41jähriger Verbandstätigkeit von seinem Posten zurückzuziehen. Diese Absicht äußerte auch Girbig vom früheren Glasarbeiterverband, der gleichfalls im pensionsfähigen Alter steht. Beide wiesen auf die Schwierigkeiten des Organisationsaufbaues hin und verlangten Nachseherung. Den beiden Subilaren wurde herzlich gedankt. Mit August Brey tritt einer der besten Gewerkschaftsführer, die an der Wiege der Gewerkschaftsbewegung standen, zurück. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt.

Wirtschaftspolitik

Die Entwicklung der Preise.

Die Preisentwicklung des ersten Halbjahres 1931 läßt erkennen, daß die Großhandelskoeffizienten der Industrieländer, wenn auch in merklich schwächerem Tempo, ihren Abstieg fortgesetzt haben. In einer Reihe von Staaten, darunter USA., England, Italien u. a. ist der Vorkriegspreis erreicht und zum Teil schon unterschritten. Die leichte Belebung der Wirtschaft im Frühjahr hat der internationalen Preisbewegung keine andere Wendung gegeben. Es mehren sich die Stimmen, die ein Abstoppen der sinkenden Preisentwicklung eine entsprechende Kreditpolitik befürworten. Dies ist unmöglich infolge der Verliebtheit auf den internationalen Geldmärkten. Im Anschluß an die Hoover-Aktion setzte eine stürmische Aufwärtsbewegung fast aller Rohstoffpreise ein. Diese ist aber rasch zum Stillstand gekommen, und Preisentwicklungen traten wieder ein. Ueber die Entwicklung der Preise urteilt die Berliner Handels-Gesellschaft in ihren „Wirtschaftlichen Nachrichten“ vom 11. Juli folgendermaßen, nach dem sie die Entwicklung der Preise in Deutschland behandelt hat:

„Ob die erfolgte Abnahme der Preise allerdings ausreicht, um die infolge der Arbeitslosigkeit gesunkene Kaufkraft und die Einkommensminderung durch die nominellen Lohnsenkungen auszugleichen, muß nach den Unterzuchungen des Instituts für Konjunkturforschung angezweifelt werden. Es läßt sich auch kaum ermaßen, inwieweit mit einem Aufhören dieses allmählichen Preisabbaues zu rechnen ist. Sollte die Reichsbank zur Aufrechterhaltung ihrer Kreditverknappungspolitik gezwungen sein und die Konsumnachfrage der innerdeutschen Wirtschaft weiter zurückgehen, wird man ein Abbröckeln der Preise auch im nächsten Halbjahr erwarten müssen. Gelingt es dagegen, den deutschen Kredit zu stärken, die Auslandsbeziehungen zu verhüten und neue Kredite mit Hilfe des kürzlich gegründeten Kreditgarantiefonds hereinzuholen, und führt die durch das Schuldennormatorium frei gewordene Kaufkraft zur Stärkung des inneren Marktes, so wird auch der Druck auf die Preise nachlassen und einem allmählichen Wiederanstieg Platz machen.“

Die Preisgestaltung geht nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten vor sich, sondern wird beeinflusst durch künstliche Maßnahmen. In dem Vierteljahresbericht der Niederrhein-Ruhr-Kammern befindet sich ein Satz, der diese Tendenz stärkstens hervorhebt: „Die Getreidepreise in Deutschland sind durch hohe Zollmauern und innerwirtschaftliche Maßnahmen der Regierung außerordentlich hoch gestaut und bieten das Bild einer Insel, die sich hoch über das Preisniveau des Weltmarktes heraushebt.“

Was kostet den Völkern die Wirtschaftskrise?

Leider sind nur wirtschaftlich geschulte Köpfe in der Lage zu übersehen, was diese Krise an Schäden verursacht. Der bekannte Statistiker Woytinsky macht im „Berliner Tageblatt“ einige Angaben darüber, was die Weltwirtschaftskrise den Völkern kostet. Er stellt als Anfang der Krise den Monat Oktober 1929 fest. Von dieser Zeit bis Ende 1930 lag die industrielle Produktion unter dem Stand des vorangegangenen konjunkturellen Höhepunktes in Deutschland um 18 %, in Großbritannien um 10 % und in den Vereinigten Staaten um 20 %. Der Nettowert der jährlichen industriellen Produktion wird von Woytinsky in Deutschland auf etwa 40 Milliarden Mark, in Großbritannien auf etwa 30 Milliarden Mark und in den Vereinigten Staaten auf etwa 110 Milliarden Mark geschätzt. Der Ausfall der Produktion (mit einem 25prozentigen Aufschlag für die Verluste beim Handel und Verfehr) in den letzten 15 Monaten der Krise läßt sich in Deutschland auf 11 Milliarden Mark, in Großbritannien auf etwa 5 Milliarden Mark und in den Vereinigten Staaten auf 32 bis 33 Milliarden Mark schätzen. Im Jahre 1931 sind die Verluste wesentlich höher, da der Produktionsrückgang in Deutschland 32 %, in den Vereinigten Staaten 29 % und in Großbritannien 26 % ausmacht. Dieser Rückgang auf das ganze Jahr umgerechnet wird dem deutschen Volke einen Einkommensausfall vor



Stehende Reiseziele.

Im flammenden Heidekraut unser Ferienheim Eisenhammer in der Dübener Heide, zwischen den Städten Eilenburg und Wittenberg, gelegen. 15 Zimmer. 46 Betten, schöne Saalräume. Bad. Herrliche Laub- und Nadelwälder. Bequeme Waldwege. Großer, rings um Wald umgebener Teich bietet beste Badegelegenheit. Abgeschlossenes ruhiges Fleckchen.

Ab 15. August ermäßigte Preise!

Auskunft und Prospekt!
Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H., Sitz Jena, Marienstraße 4.
Ferienheim-Gesellschaft "Naturfreunde" e. G. m. b. H., Sitz Jena, Marienstraße 4.

Bekanntmachung

An Stelle des wegen Krankheit ausscheidenden Kollegen Emil Buch wurde der bisherige Geschäftsführer der Filiale Kiel, Kollege S. Schmidt, zum Bezirksleiter für den 3. Verbandsbezirk gewählt.

Wir suchen daher für die Filiale Kiel einen Geschäftsführer. Der zu wählende Kollege muß dem Verbande mindestens 5 Jahre angehören, die Einrichtungen unserer Organisation auf das genaueste kennen und über gute agitatorische und organisatorische sowie arbeitsrechtliche Kenntnisse verfügen. Dem Bewerbungsschreiben ist ein kurzer Bericht über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und eine Abhandlung über die Aufgaben eines Geschäftsführers beizulegen. Kollegen, die obigen Anforderungen entsprechen und sich um die Stelle bewerben wollen, werden gebeten, ihre Bewerbungsschreiben bis spätestens 24. August an das Büro der Filiale Kiel, Legienstraße 24, 2. Stock, einzusenden. Der Umschlag hat die Aufschrift „Bewerbung“ zu tragen. Der Verbandsvorstand.

etwa 15 bis 16 Milliarden Mark, den Engländern von rund 10 Milliarden Mark und den Amerikanern von etwa 36 Milliarden Mark bringen. Die drei industriellen Großmächte zusammen werden bis Ende 1931 infolge des Zusammenschlusses der industriellen Produktion etwa 110 Milliarden Mark verloren haben. Die Verluste sämtlicher Länder des europäischen-amerikanischen Kulturkreises betragen nach dem genannten Verfasser bis Ende 1931 etwa 150 Milliarden Mark. Das sind Nettoverluste. Sie verteilen sich auf die einzelnen Bevölkerungsschichten in der Form des Verdienstausfalls bei den Arbeitslosen, der Lohn- und Gehaltskürzung bei den beschäftigten Arbeitnehmern, des verminderten Erlöses bei den selbstständigen Produzenten, der gekürzten Dividenden bei den Kapitalisten usw. Um die Bedeutung dieser Zahlen dem Leser näherzubringen, macht Rostinsky einige Vergleiche. So werden die Konjunkturlerluste Deutschlands im Jahre 1931 allein etwa das Zehnfache seiner jährlichen Reparationszahlungen nach dem Young-Plan betragen. Seine Verluste von Oktober 1929 bis Ende 1931 werden den Gegenwert der gesamten Reparationsschuld um mehrere Milliarden Mark übersteigen. 150 Milliarden Mark sind mehr als das Dreifache der gesamten Goldbestände und das Eineinhalbfache des gesamten Goldumschlages der Welt. Vergeblich sucht man in der Geschichte nach einer Katastrophe außer dem Weltkrieg, die den Völkern ähnliche Verluste gebracht hat. Diesem Niedergang muß Einhalt geboten werden. Die Völker müssen nach Mitteln und Wegen suchen, die blinden Kräfte zu bändigen, die den Menschen über den Kopf wachsen. Wir brauchen eine Führung der Wirtschaft. Die heutige Wirtschaftsführung verdient diesen Namen nicht.

Verschiedenes

Handwerksbedarf auf der Leipziger Herbstmesse 1931.
Nur durch Qualitätszeugnisse und trotzdem niedrige Preise kann das Handwerk auf seinem Platz bestehen, den es sich durch die gleichen Vorzüge seiner Arbeit in Jahrhunderten geschaffen hat. Um diese Aufgaben aber durchzuführen, braucht man heute mehr als früher technische Hilfsmittel, mit deren Hilfe leichter, schneller und besser zu arbeiten ist, als mit den überlieferten Geräten. Daß diese Umstellung in der Handwerkswirtschaft leicht und unter Aufwendung geringer Kosten möglich ist, das ist der große Vorteil, den sie gegenüber industriellem Wettbewerb hat.

Außerordentlich viele Möglichkeiten bieten die Industriezweige, die Maschinen, Geräte und Werkzeuge für das Handwerk herstellen, zur technischen Einrichtung der Werkstätten. Und diese Hilfsmittel werden auch dauernd verbessert, was die Messe für Bau-, Haus- und Betriebsbedarf Leipzig (30. August bis 3. September) wieder unter Beweis stellen wird. Dort werden von dem größten Teil der über 1000 Aussteller geeignete Hilfsmittel für fast alle Handwerkszweige in neuester Form ausgestellt.

Eine weitere wichtige Aufgabe im Handwerk ist heute die Werbung, für die eine Sonderschau auf der Leipziger Messe unter dem Titel „Jeder kann werben“ wertvolle Anregungen gibt. Diese Sonderschau ist nach Plänen des Deutschen Handwerksinstituts entstanden.

Schließlich wird auch die Sonderschau „Arbeits- und Arbeitsstich“, die das Deutsche Arbeitsmuseumsmuseum zusammengestellt hat und auf der Leipziger Messe bringt, Aufmerksamkeit in Handwerkskreisen beanspruchen können, da sie die Frage der Leistungsfähigkeit des Menschen in Abhängigkeit von der Gestaltung von Sitz und Tisch klärt.

Zahlliteratur

Neue Bücherei für Handwerk und Gewerbe. Herausgegeben von Carl Haußer, Syndikus des Badiischen Handwerksammertags und Handwerksrats des deutschen Handwerksinstituts, 1931. Verlag für Handwerk und Gewerbe, G. m. b. H. Vertriebsstelle der Veröffentlichungen des deutschen Handwerksinstituts, Berlin-Lichterfelde 1.

Es ist das besondere Verdienst des Herausgebers, die Schwächen und Räte des Handwerks richtig erkannt zu haben und die Handwerkerfrage als eine Bildungsforderung aufzufassen. Von diesem ganz richtigen Standpunkt aus verfolgte er konsequent sein Ziel: In einer neuzeitlichen Bücherei alle wichtigen Wissensgebiete technischer und kaufmännischer Art für den intelligenten, vorwärtstrebenden Handwerker und Gewerbetreibenden durch tüchtige Mitarbeiter in leicht verständlicher und doch umfassender Weise zu behandeln. „Nur der wird sich in den schwierigen wirtschaftlichen Kämpfen behaupten, der höchsten Anforderungen zu entsprechen vermag.“

Von den bisher erschienenen, drucktechnisch gut und solid ausgestatteten Bänden heben wir hervor:

1. **Das Handwerk in Staat und Wirtschaft.**
2. **Die technische Führung des Handwerksbetriebes.**
Von Oberregierungsrat Walter Bucorius, Direktor des Badiischen Landesgewerbeamts.

Die beiden Bände enthalten eine Fülle grundlegenden Materials.

3. **Rechtshandbuch für Handwerk und Gewerbe.** „Der Handwerker im Recht und im Rechtsgang.“ Herausgegeben von Dr. Theod. Rohlfing, Amtsgerichtsrat, Berlin. 2 Bände. Mit allen Rechtsverhältnissen, soweit sie den Handwerker im einzelnen und seine Berufsorganisationen angehen, sich vertraut zu machen, ist für dieses Rechtshandbuches.

4. In zwei Bänden behandelt Dr. Karl Röhlke, Professor an der Universität Bonn: **Die kaufmännische Führung des Handwerksbetriebes.**

5. **Steuerhandbuch für Handwerk und Gewerbe.** Herausgegeben von Rechtsanwalt R. Schörr, Oberregierungsrat im Reichsfinanzministerium, unter Mitarbeit von Regierungsrat Dr. E. Müller. Das Buch gibt eine übersichtliche Darstellung des gesamten Steuersystems und will dem Leser in allen praktischen Fragen ein Ratgeber sein.

Diese vorliegenden Werke der „Neuen Bücherei für Handwerk und Gewerbe“ sind ein guter Grundstock für jeden einsichtigen Handwerker, der sein Wissen bereichern und den Ansprüchen der neuen Zeit genügen will.

Sozialpolitik

Schädliche Frauenarbeit.

Durch Technisierung und Rationalisierung der Arbeitsvorgänge hat die Frauenarbeit in Berufen und Industrien Anwendung gefunden, die vordem den Männern überlassen war. Erst die praktische Tätigkeit mußte erweisen, ob die Frau gemäß ihrer Körperkonstitution zur Erledigung solcher Arbeiten geeignet ist. In den Berichten der Gewerbeaufsichtsämter finden wir nachsehende Beobachtung, die auch von den Gewerkschaften gemacht wurde:

„Der einzelne Handgriff an Maschinen mag oft nicht schwer sein, die dauernde Wiederholung desselben kann aber ganz bedeutenden Kraftaufwand erfordern und derartige Anstrengung verurfachen, daß ihnen die Frau in des Wortes wahrer Bedeutung nicht gewachsen ist. So wurden in einem Betriebe Arbeiten an Pressen und Stanzgen, die bisher Männer verrichteten, Frauen übertragen. Die Arbeit verlangt ein Herunterdrücken von Hand- und auch von Fußhebeln, Bewegungen, die gerade für den Frauenkörper deshalb ungeeignet sind, weil sie zu Schädigungen der Unterleibsorgane führen können. Die beteiligten Frauen fürchteten auch alle selbst, daß sie diese Arbeit auf die Dauer ohne Schaden wohl nicht leisten können; zwei der Arbeiterinnen waren erkrankt, ohne daß der unmittelbare Zusammenhang dieser Arbeit mit der Erkrankung endgültig zu erweisen war. Dennoch ist es dem Gewerbeaufsichtsamt zunächst nicht gelungen, die Frauenarbeit an diesen Maschinen zu beseitigen.“

Die Beobachtung über die Schädlichkeit der Frauenarbeit in neuen Berufen muß fortgesetzt werden. Trotzdem wir keine künstliche Beschränkung der Frauenarbeit wünschen, so müssen gerade Tätigkeitsgebiete, für die sich die Frau nicht eignet, den Männern reserviert bleiben.

Das Elend im Technikerstand.

Die furcibare Wirtschaftskrise ergreift sowohl die Hand- als auch die Kopfarbeiter. Wie es bei den Technikern ansieht, illustriert folgende Mitteilung, die wir dem „Jugenddienst“ vom Verein Deutscher Ingenieure entnehmen: „An den Technischen Hochschulen und Fachschulen studieren etwa 40 000 junge Leute, von denen jährlich gegen 8000 ihre Studien abschließen. Diese Absolventen sind in erschreckender Weise arbeitslos; im Durchschnitt finden nur etwa 20 % eine Stellung, 10 % studieren weiter, 20 % nehmen irgendeine Tätigkeit außerhalb ihres Berufes an, der Rest von etwa 50 % bleibt ohne jedes Einkommen. Diplom-Ingenieure, die Schlaffstellen haben, von abends 10 Uhr erst benutzbar, die kein warmes Essen mehr kennen, die sich glücklich schätzen, wenn sie mit gleich welcher Arbeit, als Geheirspüler, als Zigarettenverlänger, als Eintäger einige Mark verdienen können, sind keine Seltenheit mehr.“

Literarisches

Die August-Nummer der Zeitschrift „Die Büchergilde“ bringt anlässlich der im August in Erfurt stattfindenden Tagung des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, der Baus-Organisation der „Büchergilde Gutenberg“, eine größere und reich illustrierte Reportage „Bücheringer Reise“ von Erich Knauf. Aus dem übrigen Inhalt sei eine Erzählung „Der russische Amerikaner“ von Schagan hervorgehoben, die einen interessanten Einblick in die Probleme der russischen Industrialisierung gestattet. Die Mitarbeiter der Büchergilde erhalten diese Zeitschrift kostenlos.

Stein. — Ein Führer zum neuen Reich. Lebensbild für das deutsche Volk. Verlag Gutenberghaus G. m. b. H., Berlin, 40 Seiten. Mit Illustrationen. Zum hundertsten Geburtstag des Freiherrn vom Stein wird in der kleinen, großzügig abgefaßten Schrift ein ausgezeichnetes Lebensbild des Mannes entworfen, dessen große staatsmännische Begabung und Bedeutung von den damaligen Machthabern, dem preussischen König und Kabinet, verkannt und unbeachtet gelassen wurde. Die Schrift bietet überzeugende Vergleiche zwischen der damaligen und der heutigen Zeit und verdient die weiteste Verbreitung.

Jugendblätter des Zentralverbandes der Angestellten. Der Zentralverband vom 9. bis 11. August 1930 seinen 4. Jugendtag. Die August-Nummer der Jugendblätter ist aus diesem Grunde als Sondernummer erschienen, die sich ausschließlich in frischer, lebendiger Art mit dem Jugendtag, seiner Bedeutung und seinem Aufbau sowie mit der alten Handarbeit über dem Tagungsart des Jugendtages beschäftigt.

Chren-Kampfliste für das Dritte Reich. Von Dr. Helmuth Klotz. Verlag der W. Korrespondenz, Berlin NW 87, Selbmannshof 12, Juli 1931. Einzelpreis 50 Pf. — Wer in nicht allzu ferner Zukunft der Diktator über Werden und Vergehen der Nationalpartei zu berichten haben wird, dann muß er — im Übermaß — die Abirruung, den Aufstieg, die den Nationalsozialismus stützende Prägung verständlich zu machen — auf der Ebene der Propaganda hinüberzusehen in jene der Verortung dem Charakter und der Gruppenspezifität ihrer Akteure hat die NSDAP ihren explosivartigen Aufstieg verdankt; an derselben Ursache wird sie zugrunde gehen. Einen Auschnitt aus dem Persönlichkeitsleben und den Persönlichkeitswerten der nationalsozialistischen Führer gibt die vorliegende Schrift. Sie enthält die Darstellung des — im Inneren — Vorlebens von einigen Duzend der maßgebenden Funktionäre der Hitlerpartei; Originaldokumente, unter anderen ehrengerichtliche Urten vor dem eigenen Parteigericht gegen heutige Reichstags- und Bundtagsangeordnete sind beigelegt. Die Broschüre ist ein erschütterndes Dokument für die Partei der anständigen Leute — ein unentbehrliches und durchschlagendes Werkzeug zur Aufklärung gegen die Hitlerfuge.

Vierteljahr der Weltrevolution. Zentralorgan der internationalen Vereinigung revolutionärer Schriftsteller. Vor einem halben Jahr wurde auf einer Konferenz in Charlott die Herausgabe dieses neuen Zentralorgans der internationalen Vereinigung revolutionärer Schriftsteller beschlossen. Das erste Heft, 160 Seiten stark, liegt nun vor; es wird in vier Sprachen herausgegeben. Für Deutschland ist es zu beziehen vom Neuen Deutschen Verlag, G. m. b. H., Berlin W 8.

„Der Beamte“. Vierteljahrshefte für Beamtenrecht und Beamtenpolitik. Herausgegeben von Albert Falkenberg. Heft 3 des 3. Jahrgangs. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Straße 106. Bezugspreis für Mitglieder der dem ADAB angeschlossenen Verbände 7 M. jährlich, 1,75 M. vierteljährlich. — Mit seiner Fülle von Sachmaterial aus den Gebieten des Beamtenrechts, der Beamtenbesoldung, Gesetzgebung, Verwaltung und Wirtschaft, der nationalen und internationalen Beamtenbewegung bietet auch dieses Heft der gut geleiteten Zeitschrift für jeden Gewerkschaftsfunktionär und alle Berufsbeamten ein ausgezeichnetes Mittel zur grundsätzlichen Orientierung über die Beamtenfragen sowie eine reiche Auswahl von Beweismitteln für den beamtenpolitischen Lagekampf. Bestellungen nehmen der Verlag und jede Postanstalt entgegen.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwiniq. Verlag Karl Zwiniq, Verlagshandlung, Jena. Vierteljahrsabonnement 3,60 M. Den Ortsverwaltungen sei die Zeitschrift zum Abonnement empfohlen. Sie gibt viel des Anregenden.

Vom 9. August bis 15. August ist die 33. Beitragswoche. Vom 16. August bis 22. August ist die 34. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Deuthen. Am 31. Juli 1931 starb nach kurzem, schwerem Krankenlager an Lungenentzündung unser treues Mitglied Josef Bernisch im Alter von 69 Jahren. Halle a. d. Saale. Am 30. Juli 1931 starb an den Folgen des Atheroskleros durch einen Motorradfahrer unser alter, treuer Kollege Georg Schröter im Alter von 73 Jahren.

Kiel. Am 26. Juli ist unser Kollege Ernst Jhm im Alter von 67 Jahren am Magenkrebs gestorben.

Weimar. Am 25. Juli starb unser langjähriges Mitglied, der Kollege Arno Herrmann an der Grippe, 41 Jahre alt.

Wärzburg. Am 25. Juli 1931 starb unser Kollege Andreas Gerschütz im Alter von 70 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!